

Rien ne va plus!

Ein verbindliches Abkommen zu Unternehmen und Menschenrechten muss her

www.oekubuero.de

Beginnen wir mit einer Frage: Besteht Bedarf an einem verbindlichen internationalen Mechanismus zum Schutz der Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch transnationale Unternehmen? Ja unbedingt! Und in diesem Text werden wir versuchen, zu klären, warum.

Theoretisch wäre ein solcher Mechanismus nicht erforderlich, da die Staaten über die Einhaltung der Rechte derjenigen wachen müssen, die in ihrem Hoheitsgebiet leben. Das ist aber nicht so. Wenn durch das Handeln transnationaler Unternehmen Menschenrechtsverletzungen in peripheren Ländern auftreten, die Justiz dieser Länder, und das ist fast sicher, keine Rechenschaftspflicht von ihnen einfordern wird. Wenn sie es täten, würden die Unternehmen eine ganze Reihe neuer Rechtsinstrumente einsetzen, um nicht bestraft zu werden. Wenn man das so hört, ist es beängstigend und schwer zu verstehen. Um es zu erklären, ist es notwendig, ein wenig auszuholen. Mit der Zunahme von Freihandelsabkommen in den 90er Jahren wurden nicht nur Abkommen zur Senkung der Zolltarife unterzeichnet, um die Bürokratie abzubauen, die den Warenverkehr zwischen den Ländern behinderte, sondern diese Verträge standen fast immer mit einem Vertrag zum Schutz von Investitionen in Verbindung. Kurz gesagt, ein Investitionsschutzvertrag ist ein Maßnahmenpaket, mit dem sich die Unterzeichnerländer verpflichten, ihren Rechtsrahmen an die Anforderungen transnationaler Unternehmen anzupassen, damit diese in ihrem Gebiet investieren. Es geht nicht nur um die Anpassung des internen normativen Rahmens, sondern die Staaten akzeptieren auch die Zuständigkeit von Schiedsgerichten.

Das mexikanische Kapitel des ständigen Tribunals der Völker (Tribunal permanente de los pueblos (TPP)), das zwischen 2011 und 2014 tagte, dokumentierte, wie durch den Freihandel eine juristische Struktur geschaffen wurde, die Straffreiheit für transnationale Unternehmen im Land garantiert – Mexiko ist eines der Länder, die die meisten solcher Verträge unterzeichnet hat. Es ist eine Struktur, von der auch die mächtigen lokalen Wirtschaftsgruppen profitierten, wie das Tribunal (TPP) in seinem Urteil feststellt: „Das neoliberale Recht schützt die Anhäufung von Reichtum und die Konzentration der wirtschaftlichen und politischen Macht, während es sich andererseits der „Verlierer“ entledigen möchte. Außerdem gründet es sich auf ein System der Straflosigkeit, das zugunsten der multinationalen Unternehmen und des Kapitals aufgebaut wurde. Ungleichheit und Asymmetrie sind dabei wesentliche Bestandteile.“¹

Aus diesem Grund sind immer mehr Menschen der Meinung, dass auch Unternehmen Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte übernehmen sollten.

Nach Skandalen, an denen große Unternehmen beteiligt waren, wie die Bophal-Tragödie in Indien oder die Kinderarbeit in den Fabriken von Nike, waren immer mehr Stimmen laut geworden, die forderten, einen internationalen Mechanismus zur Kontrolle von Unternehmen einzurichten. Im Jahr 2005 beauftragten die Vereinten Nationen Professor John Ruggie mit der Entwicklung der Leitsätze für Unternehmen und Menschenrechte, die 2011 vom UN-Menschenrechtsrat verabschiedet wurden. Das Problem ist, dass diese freiwillig sind und in der Praxis nur dazu dienen, dass transnationale Konzerne sie mit großem Tamtam annehmen.... aber nicht einhalten.

Infolgedessen hat sich eine internationale Koalition gebildet, die die Schaffung eines verbindlichen Mechanismus fordert. Im Juni 2014 haben Ecuador und Südafrika dem Menschenrechtsrat eine Beschlussvorlage zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines verbindlichen Vertrags über Unternehmen und Menschenrechte vorgelegt. Die Zivilgesellschaft hat diesen Prozess unterstützt und vorangetrieben, aber es

¹ Urteil – Ständiges Tribunal der Völker Mexico: www.tppmexico.org



Foto: Friends of the Earth Europe



Bild: www.thecrowdversus.org

**INTERVIEW MIT PABLO FAJARDO, ANWALT UND VER-
TRETER DEN INDIGENEN - UND BAUERNGEMEINSCHAFTEN DER UDAPT - VERBUND DER VON TEXACOS ÖLFÖR-
DERUNG BETROFFENEN IN AMAZONIEN, ECUADOR**

Wie lange führen Sie schon Prozesse gegen Texaco/Chevron und warum?

Als Anwalt bin ich seit 15 Jahren in dem Verfahren gegen Chevron tätig. Die letzten 10 Jahre davor, als ich den Beruf noch nicht ausübte, begleitete und kämpfte ich an der Seite der anderen 80.000 Betroffenen in der Provinz (unhörbar) von Sucumbíos.

Warum tun wir dies? Wegen der offensichtlichen Umweltschäden, die ich selbst erlebt habe. Ich habe mit diesen Schäden gelebt, ich lebe noch heute in der betroffenen Region. Seit mehr als 30 Jahren kenne ich Chevron, nicht nur das, ich arbeitete sogar für die Firma Texaco, weshalb ich die genauen Schäden kenne.

Gibt es heute einen wirksamen internationalen Mechanismus zur Kontrolle der Aktivitäten transnationaler Unternehmen?

Nein, es gibt keinen internationalen Mechanismus, der in der Lage ist, die Verbrechen transnationaler Unternehmen zu sanktionieren und zu kontrollieren. Sie genießen weltweite unternehmerische Straffreiheit. Der Fall Chevron ist ein paradigmatischer Fall. Wir streiten seit 26 Jahren vor verschiedenen Gerichten auf der ganzen Welt und bis heute finden wir keinen Zugang zur Justiz, weil es leider kein Gericht auf der Welt gibt, das die Möglichkeit hat, Unternehmen zu verurteilen. Sie genießen Straffreiheit auf dem ganzen Planeten. Sie können vor inländischen Gerichten verklagt werden, aber leider üben die Herkunftsländer der Unternehmen Druck aus, damit die Gerichte den Klagen nicht stattgeben bzw. diesen Unternehmen ihre Straffreiheit belassen. Es gibt also eine juristische Struktur, eine globale Architektur der Straflosigkeit, die genau die Straffreiheit für transnationale Unternehmen garantiert.

Warum ist ein verbindlicher Vertrag notwendig?

Ein verbindlicher Vertrag, der die notwendigen Anforderungen erfüllt, wäre eine Antwort, ein weiteres Element, um bessere Maßnahmen zur Achtung der Menschenrechte zu erreichen. In dieser heutigen Welt sind diejenigen, die am meisten gegen die Menschenrechte verstoßen, transnationale Unternehmen und diese genießen Straffreiheit. Deshalb wäre ein verbindlicher Vertrag, der ein Gericht schafft, an das sich die Betroffenen, die Opfer von Wirtschaftsverbrechen sind, wenden können und transnationale Unternehmen, die Verbrechen begehen, zu zwingen, diese wiedergutzumachen, ein großer Schritt nach vorne. Wenn es einen verbindlichen Vertrag gibt, der aber keine ausreichenden Mechanismen zur Durchsetzung der

gibt großen Widerstand aus den Ländern, in denen die größten multinationalen Unternehmen der Welt ihren Sitz haben. Die Vereinigten Staaten, die Länder der Europäischen Union, Kanada, Südkorea und Japan haben diesen Prozess seit seinem Beginn behindert. Sie wandten sich gegen die Verabschiedung der Resolution und in den nachfolgenden Sitzungen der Arbeitsgruppe war ihr Verhalten völlig destruktiv. Ein eigenes Kapitel verdient die Haltung der Länder der Europäischen Union, darunter Deutschland, denn selbst als das Europäische Parlament eine Resolution zur Schaffung eines verbindlichen Mechanismus verabschiedete, boykottieren seine Vertreter vor dem Menschenrechtsrat weiterhin den Prozess. Dieses Verhalten ist nichts anderes, als sich dem Druck der Lobby der großen Unternehmen zu beugen. Trotz dieser widrigen Situation das Bündnis für den Vertrag, das sich aus zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen aus der ganzen Welt zusammensetzt, kämpft weiter für die Realisierung dieses Mechanismus und macht seine Forderungen deutlich (siehe Kasten). Darüber hinaus ist es die Zivilgesellschaft, die versucht, einen Schritt weiter zu gehen, indem sie den Völkervertrag diskutiert, ein Instrument, das alle Menschen als vollwertige Subjekte des Völkerrechts anerkennen würde. Aber darauf werden wir in einem anderen Factsheet hinweisen.

POR LA SOBERANÍA DE LOS PUEBLOS



stopcorporateimpunity.org

DIE FORDERUNGEN DER INTERNATIONALEN KAMPAGNE:



Reichweite des Vertrags: Im Mittelpunkt dieses Prozesses steht die Macht und Straffreiheit der TNC (Transnationale Unternehmen) und sollte die gesamten Menschenrechte umfassen.



Vorrang der Menschenrechte: Das rechtsverbindliche internationale Instrument muss die hierarchische Überlegenheit der Regelungen zu den Menschenrechten gegenüber Handels- und Investitionsverträgen bekräftigen und spezifische staatliche Verpflichtungen in dieser Hinsicht formulieren (einschließlich der Ablehnung der Klauseln des Investor-State Dispute Settlement ISDS).



Unmittelbare rechtliche Verpflichtungen für transnationale Unternehmen.



Gesamtschuldnerische Haftung, der Vertrag sollte die gesamte Lieferkette (TNC) umfassen.



Einrichtung eines internationalen Gerichtshofs und anderer Compliance-Institutionen.



Der Vertrag sollte die moralische und legitime Autorität von Personen und Völkern anerkennen, die von den Aktivitäten der TNC betroffen sind. Verteidiger der Menschenrechte, Umweltschützer und Informanten müssen geschützt werden.



Der Vertrag muss konkrete Maßnahmen gegen den Einfluss der TNC während des gesamten Prozesses der Vorbereitung, Verhandlung und Umsetzung des künftigen verbindlichen internationalen Instruments enthalten.



SEMANA DE

MOVILIZACIÓN DE LOS PUEBLOS

5ta Sesión de OEIGWG sobre el

Tratado Vinculante de la

ONU sobre Empresas

Transnacionales y

Derechos

Humanos

Ginebra 12-19 de Octubre de 2019

stopcorporateimpunity.org

ACABEMOS CON LA IMPUNIDAD

DES-MANTELE-MOS EL PODER DE LAS EMPRESAS TRANSNACIONALES



Rechte bietet, die wir bereits in anderen Rechtsinstrumenten verankert haben, ist er im Ganzen nutzlos. Deshalb wollen wir ein Rechtsinstrument, das den Menschen, die Opfer von Wirtschaftskriminalität geworden sind, Zugang zu zuverlässigen und starken rechtlichen Strukturen gewährt, durch die es ermöglicht wird, Unternehmen weltweit zu bestrafen.

Welche Mechanismen sollte ein solcher Vertrag beinhalten, damit er auch Gehör findet?

Meiner Meinung nach sollte er mehrere Mechanismen beinhalten, z.B. die Gerichtsbarkeit, und zwar eine solche, über die sich die Unternehmen nicht weiter lustig machen können. Auch die Frage der Tochtergesellschaften oder Hilfsgesellschaften, ist eine große Herausforderung, die wir im Fall Chevron haben. In diesem Fall scheiterte unser Versuch vor den Gerichten die Urteile für verbindlich erklären zu lassen daran, dass sich das Unternehmen hinter ihren Tochtergesellschaften verschant hat, um einer Haftung zu entgehen. Ein weiterer Punkt: der Schutz, den die Herkunftsländer eben diesen Unternehmen gewähren, indem die Regierungen ihre Unternehmen, auch wenn es sich um Privatunternehmen handelt, überall auf der Welt verteidigen, unabhängig von den Verbrechen, die sie begangen haben. Ein weiteres Thema ist die wirtschaftliche Asymmetrie, die zwischen den betroffenen Gemeinden und transnationalen Unternehmen besteht.

Ein weiterer Punkt ist die Problematik mit den Gerichten, die ich bereits erläutert habe. Daher gibt es mehrere Elemente, die in einem internationalen Vertrag berücksichtigt werden müssen, der den Betroffenen, die Opfer dieser Verbrechen sind, Garantien bietet und Zugang gewährt.

Welche Hindernisse stehen einer Konkretisierung eines solchen Abkommens entgegen?

Erstens, die Kooptation durch die Unternehmen des Systems der Vereinten Nationen. Heute beispielsweise – kaum vorstell-

bar – wurde der Vorsitz der Arbeitsgruppe für diesen Vertrag von transnationalen Unternehmen übernommen. Die Unternehmen haben auch Regierungen, Hochschulen, Medien eingenommen. Sie kontrollieren den Planeten. Es gibt also große Hindernisse und maßgeblich wurden diese durch die Europäische Union und die Vereinigten Staaten errichtet. Die großen Länder, die mehr Unternehmen haben und diesen natürlich gehorchen, behindern deshalb die Vertragsverhandlungen, um zu verhindern, dass es einen Vertrag gibt bzw. falls es einen gibt, dass er größere Rechtswirkung hat.

Was erwarten Sie von den Regierungen der europäischen Länder?

Wir erwarten von den Ländern der Europäischen Union, dass sie zumindest kohärent sind. Es gibt Länder, die ein globales Bild der Achtung der Menschenrechte abgeben, z.B. Deutschland, Norwegen, Frankreich und Spanien, aber im Grunde ist das falsch. Das tun sie nicht, denn wenn sie die Menschenrechte wirklich respektieren würden, würden sie einen verbindlichen Vertrag nicht behindern, sie würden ihn mit all ihrer Kraft unterstützen. Aber sie sind dagegen, weil die Wirtschaftsmacht offensichtlich die Entscheidungen ihrer Regierungen bestimmt. Deshalb sollte die Europäische Union wirklich eine sehr klare Position beziehen und die Maske der Achtung der Menschenrechte gegen eine Maske tauschen, die das Kapital verteidigt. Oder auch eine Position, die lobenswert wäre, wäre, dass sie die Menschenrechte wirklich verteidigen. Sie können nicht mit zweierlei Maß messen, mit einer doppelten Ethik: dass sie in ihrem Land, intern, vielleicht ein wenig diese Rechte respektieren... nicht so sehr, aber ein wenig mehr, aber ihre Unternehmen nach Lateinamerika, Afrika und Asien gehen und dort unglaubliche Katastrophen verursachen. Das kann doch nicht sein, entweder sie handeln weltweit verantwortungsbewusst oder sie müssen bestraft werden. Deshalb glaube ich, dass der Europäischen Union eine wichtige Rolle zukommt, nämlich eine klare Position hinsichtlich der Achtung und der Verpflichtung zur Achtung der Menschenrechte zu beziehen. Ansonsten ist es eine Geschichte, wie das, was sie uns heute verkaufen.

QUELLEN UND ANREGUNGEN ZUM WEITERLESEN

Internationalen Kampagne "Campaña Global para Reivindicar la Soberanía de los Pueblos, Desmantelar el Poder de las Transnacionales y poner Fin a la Impunidad" www.stopcorporateimpunity.org/ (in 4 Sprachen)

Vertragsvorschlag der Kampagne (Gin. 10.2017) kurzelinks.de/n0qe

Positionspapier der Treaty Alliance Deutschland zum UN-Treaty-Prozess zu transnationalen Konzernen und anderen Unternehmen. kurzelinks.de/rx2w

Urteil – Ständiges Tribunal de Völker Mexiko kurzelinks.de/yvm5

UDAPT - Verbund der von Texacos Ölförderung Betroffenen in Amazonien, Ecuador: www.udapt.org/